DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

ULLSTEIN BILD/JANSSON

Unterstellungen

Klischees und Stereotype werden über das MfS verbreitet. Was der Staatssicherheit der DDR im Umgang mit den Homosexuellen angedichtet wird, und wie sie versuchte, deren Forderungen aufzugreifen. Ein Vorabdruck. Von Wolfgang Schmidt

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · **MONTAG, 21. OKTOBER 2019, NR. 244** · 1,80 EURO (DE), 2,00 EURO (AT), 2,50 CHF (CH) · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

Briefeschreiber
Britischer Premier beantragt Verschiebung des »Brexit« – und bittet EU gleichzeitig um Ablehnung **2**

Regierungsaspiranten
Grüne machen den Weg für Grundsteuerreform frei. Umlagefähigkeit auf Mieter bleibt erhalten **5**

Kandidatenkandidat
Neuer Schwung für Sanders im US-Vorwahlkampf. Biden und Warren liegen in Umfragen vorn **7**

Leseratten
Einfach mal Klappe halten. Begegnungen und Begebenheiten auf Buchmesse in Frankfurt **10**

IVAN ALVARADO/REUTERS

Chile rebelliert

Staatschef Piñera ruft Notstand aus. Militär gegen Demonstranten, Ausgangssperre in Santiago und Provinzen. **Von André Scheer**

Wut auf Regierung und Repressionskräfte: Protest am Sonnabend in Santiago de Chile

In Chile sind am Wochenende die Auseinandersetzungen zwischen Regierungsgegnern und dem Regime von Präsident Sebastián Piñera eskaliert, mindestens drei Menschen wurden getötet. Der Staatschef rief für Santiago und Valparaíso sowie drei Provinzen den Notstand aus, um die »öffentliche Ordnung zu normalisieren«, und schickte zum ersten Mal seit dem Ende der Pinochet-Diktatur das Militär auf die Straßen der großen Städte, um Proteste niederzuschlagen. Im Internet kursierten Bilder und Videos, die an den Putsch 1973 gegen Salvador Allende erinnern: Schwerbewaffnete Soldaten machten in der Hauptstadt Jagd auf Demonstranten, Panzer blockierten die Straßen. General Javier Iturriaga verhängte eine Ausgangssperre über mehrere Provinzen.

Die Proteste hatten sich Ende vergangener Woche an Preissteigerungen für die U-Bahn von Santiago entzündet. Vor allem Studierende besetzten daraufhin Metro-Stationen – und wurden dabei von den Beschäftigten der Verkehrsbetriebe unterstützt. »Wir Arbeiter der Metro sind keine Feinde der Studenten, und die Studenten sind keine Feinde der Metro-Arbeiter«, erklärte der Vorsitzende des Gewerkschaftsföderation, Eric Campos, am Donnerstag (Ortszeit) bei einer Pressekonferenz, obwohl es zu Brandanschlägen auf Einrichtungen des Unternehmens gekommen war. Man müsse nicht mit den Aktionsformen der Protestierenden einverstanden sein, aber die Forderung nach Rücknahme der Preiserhöhung sei legitim, so Campos. Er forderte die Regierung auf, die paramilitärischen Carabineros aus den U-Bahn-Stationen abzuziehen und Gespräche mit Studierenden und Beschäftigten aufzunehmen.

Dem beugte sich Piñera am Sonnabend zumindest teilweise. Vor Pressevertretern kündigte er an, die Preiserhöhung auszusetzen und einen Dialog mit den Bürgern aufzunehmen. Alle Bürger hätten das Recht, friedlich zu demonstrieren, »und sie haben gute Gründe, das zu tun«. Trotzdem ging die Repression weiter. Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chiles, Guillermo Teillier, forderte Piñera daraufhin auf, den Notstand aufzuheben. Das Militär auf die Straße zu schicken, bedeute, die Regierung des Landes den Uniformierten zu überlassen. »Wenn er nicht regieren will und sich hinter den Militärs versteckt, wäre es das beste, zurückzutreten und umgehend Neuwahlen einzuberufen«, forderte Teillier.

Die Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes CUT, Bárbara Figueroa, erklärte am Sonntag, ein gesellschaftlicher Dialog sei nicht möglich, solange das Militär auf der Straße bleibe. »Ein Notstand in dieser Situation ist nur mit dem vergleichbar, was wir bei Protesten unter der Diktatur erlebt haben. Er zeigt das völlige Scheitern dieser Regierung.« Die Gewerkschaft der Hafenarbeiter rief am Sonntag zu Arbeitsniederlegungen auf: »Chile muss aus seiner Lethargie erwachen.«

Mit einer schnellen Beruhigung der Lage ist nach Ansicht vieler Beobachter nicht zu rechnen. Die Erhöhung der Fahrpreise sei nur der Tropfen gewesen, der das Fass zum Überlaufen gebracht habe. Der Rundfunksender *Radio Bío Bío* erinnerte am Sonnabend an die »chronische soziale Ungleichheit, niedrige Renten, Tariferhöhungen bei der Strom- und Gesundheitsversorgung«. Zudem hätten bekanntgewordene Korruptionsfälle bei Polizei und Armee sowie die Kriminalisierung der Studierendenbewegung für Unmut gesorgt. »All das bildete einen Cocktail, der die größten sozialen Proteste der vergangenen Jahrzehnte in unserem Land ausgelöst hat«, so Claudia Miño auf der Homepage des Senders. ■ Siehe Seite 8

Demos in BRD gegen türkischen Einmarsch

ROBERTO PFEIL/DPA

Köln. Tausende haben am Wochenende in mehreren deutschen Städten gegen den türkischen Angriffskrieg in Nordsyrien protestiert. Die Demonstrationen am Sonnabend verliefen weitgehend friedlich. In Köln (Foto) etwa blieb eine befürchtete Eskalation aus. Einen Zwischenfall mit Verletzten gab es nach der dortigen Demonstration: In einem Regionalexpress traf eine Gruppe Kurden auf Fans des Fußballklubs Rot-Weiß Essen. In Stuttgart wiederum kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. (dpa/jW)

Massenflucht aus Nordsyrien

Damaskus. Im Norden Syriens sind seit dem Beginn des türkischen Einmarsches vor anderthalb Wochen mindestens 165.000 Menschen durch die Kämpfe vertrieben worden, unter ihnen schätzungsweise 70.000 Kinder. Diese Zahlen nannte das UN-Nothilfebüro OCHA. »Mehr und mehr von ihnen werden in den benachbarten Irak und in andere Gegenden flüchten«, sagte der Sprecher des Norwegischen Flüchtlingsrates (NRC), Karl Schembri, dem Fernsehsender *CNN International*.

Wie das Verteidigungsministerium in Ankara am Sonntag mitteilte, soll ein türkischer Soldat von Milizionären der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) getötet worden sein. Ein weiterer sei bei dem Angriff in der Region um Tel Abjad verletzt worden.

Ankara warf den YPG insgesamt 20 Verstöße gegen die am Donnerstag verkündete Waffenruhe in Nordsyrien vor. Umgekehrt teilte das Pressezentrum der von den YPG dominierten »Syrischen Demokratischen Kräften« (SDK) am Sonntag mit, dass die Angriffe der türkischen Armee trotz angeblicher Feuerpause unvermindert andauerten. Am elften Tag des Angriffskrieges sind demnach 16 SDK-Kämpfer ums Leben gekommen. (dpa/ANF/jW)

Hauptstadt bekommt »Mietendeckel«

Berliner Koalition einigt sich auf Kompromiss. Politischer Gegner wittert »Planwirtschaft«

Die Regierungskoalition in Berlin hat sich am Freitag abend auf einen sogenannten Mietendeckel geeinigt. »Es wird ein Mietenstopp für fünf Jahre eingeführt«, heißt es einem Beschlusspapier des Koalitionsausschusses von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Ein Gesetz, das der Senat am morgigen Dienstag auf den Weg bringen will, soll die Mieten für rund 1,5 Millionen Wohnungen deckeln, die vor 2014 gebaut wurden. Das entsprechende Gesetz soll Anfang kommenden Jahres in Kraft treten und dann rückwirkend ab 18. Juni dieses Jahres gelten. Mieterhöhungen, die seitdem ausgesprochen wurden, wären damit unwirksam.

Sogenannte Wuchermieten in Höhe von mehr als 120 Prozent der Werte in einer extra angefertigten Mietentabelle des Senats sollen demnach abgesenkt werden – eben auf diese 120 Prozent. Dabei gebe es Zuschläge und Abschläge für gute, beziehungsweise einfache Wohnlagen. Diese Regeln sollen erst neun Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes gelten. In dem Beschlusspapier heißt es weiter: »Bei Wiedervermietung gilt die Vormiete. Oder, falls die Vormiete höher ist, gilt die Tabellenmiete.«

Verschiedenen Berichten zufolge soll es ab 2022 einen »Inflationsausgleich von 1,3 Prozent pro Jahr« geben. Vermieter könnten dann also wieder leicht die Mieten anheben. Dem Beschlusspapier zufolge dürfen Mieten in dem Zeitraum bis 2025 auch nach einer Modernisierung noch erhöht werden, allerdings ohne eine Genehmigung nur in Höhe von einem Euro pro Quadratmeter und Monat.

Die SPD hatte sich in den vergangenen Tagen strikt gegen eine Absenkung bei laufenden Mietverträgen ausgesprochen. So hatte es der Referentenentwurf von Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Die Linke) vorgesehen. Der Linke-Landesverband wertete die Einigung auf einen Mietendeckel trotz Zugeständnissen als »gut tragbaren Kompromiss«. Jan-Marco Luczak, Abgeordneter der Unionsfraktion im Bundestag, erklärte, der Mietendeckel sei »trotz kosmetischer Korrekturen ein massiver und verfassungswidriger Eingriff ins Eigentum«. Das Vorhaben von »Rot-Rot-Grün« sei »Planwirtschaft«, so Luczak. (AFP/dpa/jW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

jW wird herausgegeben von 2.216 Genossinnen und Genossen (Stand 18.9.2019)
■ www.jungewelt.de/lpg

10043
4 198625 901805